

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Jens-Peter Petersen und Jan Jalass benennen die Hamburger Konsequenzen aus Tschernobyl: Energieversorgung der Hansestadt ohne Atomkraft möglich.

Seite 1

Dr. Wolfgang Biermann wirft den Christdemokraten vor, die Bundesrepublik in eine neue Nachrüstungs-Diskussion zu treiben: Bonn als Störenfried zwischen den Weltmächten?

Seite 3

Horst Peter MdB und Norbert Sprafke analysieren den Umgang der Konservativen mit dem Holocaust, Guernica und Tschernobyl: Der 26. April oder Bruchlinien der modernen Zivilisation (Teil I).

Seite 5

42. Jahrgang / 80

28. April 1987

Hamburger Konsequenzen aus Tschernobyl

Konzept für Energieversorgung der Hansestadt ohne Atomkraft vorgelegt

Von Jens-Peter Petersen
Umweltpolitischer Sprecher der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion und

Jan Jalass
Gesundheitspolitischer Sprecher der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion

Tschernobyl war der bisher folgenschwerste Industrieunfall der Menschheitsgeschichte; er hat die Welt verändert, beeinflusst noch lange unser tägliches Leben und zwingt uns zur Umkehr.

Die SPD hat bundesweit sowie gerade in ihrem Verantwortungsbereich in Hamburg beachtliche praktisch-politische Schritte getan - sowohl zum Ausstieg aus der Atomenergie als auch zum Schutz der Bevölkerung vor den Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl.

1. Ausstieg aus der Atomenergie

Der Senat hat am 13. Mai 1986 einen Grundsatzbeschluss zum längerfristigen Ausstieg aus der Atomenergie, zur Ablehnung des Einstiegs in die Plutoniumwirtschaft und zur erneuten Sicherheitsüberprüfung der vier Hamburg umgebenden Atomkraftwerke unter Einbeziehung „kritischer Wissenschaftler“ gefasst.

Und der Senat hat am 23. September 1986 als erste Landesregierung ein Konzept für eine sichere Energieversorgung Hamburgs ohne Atomkraft vorgelegt, in dem er nachweist, daß eine solche Energieversorgung technisch machbar, wirtschaftlich vertretbar und ökologisch verträglich ist.

Weil aber der Ausstieg aus der Atomenergie letztendlich nur auf Bundesebene durchsetzbar ist, hat der Senat eine Bundesratsinitiative zur Novellierung

- des Atomgesetzes und
- des Energiewirtschaftsgesetzes

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebspartner
mit sozialer Einstellung
RevolutionsPartner



beschlossen. Damit könnte ein geordneter Rückzug der Bundesrepublik aus der Atomkraft bis Ende 1986 auch wirklich möglich gemacht werden.

Der Senat hat selbst unter anderem folgende konkrete Schritte eingeleitet:

- Satzungsänderung bei den Hamburger Elektrizitätswerken, um das Unternehmen auf eine Energieversorgung ohne Atomenergie und statt dessen mit umweltfreundlicher Nutzung fossiler Brennstoffe und regenerativer Energiequellen zu verpflichten.
- Festlegung auf Kraft-Wärme-Kopplung.
- Senatsprogramm zur Förderung von Fernwärmeanschlüssen.

II. Überprüfung der Sicherheit von Atomkraftwerken

Mit der Forderung nach Sicherheitsüberprüfungen der vier Atomkraftwerke an die Adresse der Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind auch die Forderungen verbunden, die Atomkraftwerke Stade, Krümmel und Brunsbüttel ganz vom Netz zu nehmen, bis die Sicherheitsüberprüfungen abgeschlossen sind, sowie alle Gutachten über die Sicherheit dieser Kraftwerke dem Hamburger Senat zugänglich zu machen. Diese Forderungen sind auf Antrag der SPD-Fraktion am 20. Dezember 1986 von der Bürgerschaft bekräftigt worden.

Die zum mindesten auf die Dauer einer seriösen Überprüfung der Sicherheit des Atomkraftwerks befristete Stilllegung des Reaktors in Stade haben der Senat und die Bürgerschaft schon mehrfach gefordert.

Die Entscheidung liegt allerdings bei der niedersächsischen Landesregierung! Eine Klage Hamburgs gegen die Betriebsgenehmigung für das AKW Stade könnte - wenn überhaupt - mit Erfolg auf der Basis der Auswertung aller wichtigen Gutachten und Teilgenehmigungen erhoben werden. Die Entscheidung des Senats, zunächst alle - auch juristische - Schritte zur Herausgabe der entsprechenden Unterlagen gegenüber der niedersächsischen Landesregierung einzuleiten, ist deshalb richtig. Dann wird darüber entschieden werden, ob mit Aussicht auf Erfolg geklagt werden kann.

Offene Informationspolitik und Minimierung von Strahlenbelastung

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Unglücks in Tschernobyl hat die Hamburger Umweltbehörde zahlreiche Messungen der Belastung von Luft, Wasser und Boden durchgeführt und diese Meßergebnisse regelmäßig veröffentlicht. Die Gesundheitsbehörde hat ebenfalls sehr schnell mit der Messung radioaktiver Belastung von Nahrungsmitteln, der Veröffentlichung der Meßergebnisse und der Herausgabe entsprechender Empfehlungen für die Ernährung, speziell für besonders gefährdete Gruppen wie Schwangere, Kleinkinder und Kinder, begonnen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft noch in der vergangenen Legislaturperiode die Gesundheitsbehörde aufgefordert, diese Politik auch längerfristig fortzusetzen und sich bei den Empfehlungen nicht an den viel zu hohen, nur wirtschaftlich begründeten Grenzwerten des Bundes oder gar der EG-Kommission zu orientieren.

Diese Politik, einschließlich längerfristiger Untersuchungen der Belastungspfade und der gesundheitlichen Gefährdungen der Bevölkerung durch die Folgen des Reaktorunglücks wird in Hamburg bis heute fortgesetzt und wird unter Sozialdemokraten auch künftig fortgeführt.

Darüber hinaus hat das Hamburger Landesparlament auf Antrag der SPD-Fraktion und nach ausführlichen Beratungen mit Initiativen in diesen Bereichen die Kindertagesheime und Krankenhäuser der Hansestadt aufgefordert, sich bei der Versorgung der ihnen anvertrauten Menschen strikt an dem Gebot der Minimierung der radioaktiven Belastung durch Lebensmittel zu orientieren. Verwendung der jeweils am geringsten belasteten Produkte statt Orientierung an (viel zu hohen) Grenzwerten ist die Hamburger Linie.

(-/28.4.1987/va-he/rs)

* * *



Bonn als Störenfried zwischen den Weltmächten?

Die Christdemokraten treiben die Bundesrepublik in eine neue Nachrüstungsdiskussion

Von Dr. Wolfgang Biermann

Sprecher der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS)

„Die SPD warnt vor der unheilvollen Absicht, ‚gleiche Obergrenzen‘ bei den nuklearen Kurzstreckenraketen auf dem Weg einer westlichen Nachrüstung herzustellen. Die SPD fordert ein klares Bekenntnis zur Null-Lösung auch bei den Kurzstreckenwaffen.“ Dies erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel bereits am 6. Dezember 1986. Nach der gestrigen Aussitzung des Bundeskanzlers mit Hans-Dietrich Genscher und Manfred Wörner ist diese Forderung aktueller denn je. Damals war die Zauberformel von den „gleichen Obergrenzen“ noch ein letzter Versuch der Stahlheimfraktion in der Bundesregierung, mit dem Hinweis auf die angebliche 9 : 1 Überlegenheit der Sowjetunion bei den Kurzstreckenraketen eine Null-Lösung bei den Mittelwaffen zu vermeiden. Die offensichtlich immer noch dynamische neue sowjetische Führung unter Michael Gorbatschow läßt jedoch, anders als ihre Vorgänger, westliche Abrüstungsverhinderer auf ihre eigenen Formulierungstricks hereinfliegen.

Die Fronten in der Abrüstungsdiskussion haben sich seitdem völlig verkehrt: In den USA versuchen das Weiße Haus und das State Department die Wahlchancen für einen neuen republikanischen Präsidentschaftskandidaten dadurch zu vergrößern, daß sie Präsident Reagan mit einem weitreichenden Abrüstungsabkommen bei den sogenannten Euro Missiles in die Geschichtsbücher eingehen lassen wollen. Die Demokraten gönnen der bis dahin aufrüstungswütigen Administration kein Abrüstungsabkommen, weil dies die Wahlchancen eines demokratischen Präsidentschaftskandidaten reduzieren könnte. Sie hoffen dabei auf Unterstützung aus den Reihen der europäischen Regierungen, insbesondere in Bonn, London und Paris.

In Europa hingegen ringen konservative Verteidigungsideologen um jedes trickreiche Argument, um einen Durchbruch bei den Abrüstungsverhandlungen zu verhindern. Plötzlich sehen sich die wichtigsten Oppositionsparteien sowie die Friedensbewegung in einem Boot mit der Reagan-Administration - wenn auch aus unterschiedlichen Motiven: der Abbau der Mittelstreckenraketen kürzerer und längerer Reichweite ist für die USA eher ein sekundäres Problem, verglichen mit SDI und den strategischen Waffen. Für die Westeuropäer hingegen sind gerade diese Waffen, quasi strategische Systeme für den europäischen Kriegsschauplatz.

Anstatt die Chance für eine deutsch-amerikanische „Wiedervereinigung“ der politischen Lager zu nutzen, treiben die deutschen Christdemokraten die Bundesrepublik in eine neue Nachrüstungsdiskussion. Damit läuft die Bundesregierung Gefahr, als Störenfried auf dem Wege zu einer neuen Phase der Entspannung zwischen den Supermächten zu wirken.

Die Argumente gegen die Verschrottung erheblicher (vor allem sowjetischer) Bedrohungspotentiale werden jedoch immer dünner und unwirksamer: Das immer wieder vorgebrachte Argument, durch den Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen würde Westeuropa „abgekoppelt“, ist entweder ein Hirngespinnst oder eine Mißtrauenserklärung gegenüber den USA: nicht die Atomraketen, sondern die Präsenz amerikanischer Truppen in Westeuropa ist der politisch schlagende Beweis dafür, daß die Sicherheit Westeuropas eng mit den USA verkoppelt ist. Westeuropa stand über 20 Jahre lang unter der Drohung sowjetischer Mittelstreckenraketen, ohne daß vergleichbare amerikanische Systeme stationiert wurden. Die Bereitschaft der Sowjetunion, sämtliche Mittelstreckenraketen längerer wie kürzerer Reichweite zu verschrotten, gibt Westeuropa ein größeres Maß an Sicherheit vor sowjetischer Bedrohung als jemals zuvor.

Das geradezu verzweifelt vorgebrachte Argument, nach einer erweiterten Null-Lösung blieben hunderte von sowjetischen Raketen mit Reichweiten zwischen 100 und 300 Kilometern gegen die Bundesrepublik als einzigem Land der NATO gerichtet und würden sie daher abkoppeln, unterstellt den USA, sie würden tatenlos zusehen, wann 200.000 amerikanische Soldaten dem nuklearen Feuer der Sowjetunion ausgesetzt würden.

Davon abgesehen hat die UdSSR bereits hier Entgegenkommen geäußert: zum einen akzeptiert sie den zwischen SPD-Bundestagsfraktion und SED ausgearbeiteten Vorschlag des atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa; damit würde diese Art von Bedrohung entfallen. Andererseits haben die Sowjets, wie aus amerikanischen Kreisen zu hören ist, auch in diesem Bereich die Bereitschaft zur „Null-Lösung“ in Aussicht gestellt.

Dann bliebe nur das Argument von der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes. Aber auch hier fallen den konservativen Verteidigungsideologen die Trümpfe aus der Hand: Einerseits ist mit dem Korridor-Vorschlag, der auch einen erheblichen Teil der konventionellen (doppelt verwendbaren) Angriffskomponenten reduziert, bereits ein kurzfristig erreichbares und verifizierbares Abrüstungsmodell als erstem Schritt zu konventioneller Stabilität auf der Tagesordnung. Wäre die Bundesregierung an konventioneller Abrüstung interessiert, müßte sie diesen ausgearbeiteten Vorschlag eines Sicherheitskorridors in Mitteleuropa nur ernsthaft erwägen.

Andererseits hat die sowjetische Seite auch hier ein Umdenken aufgezeigt: Ungleichgewichte müßten nicht durch Nachrüstung, sondern durch Abrüstung ausgeglichen werden. Offensichtlich ist die sowjetische Führung auch hier dem jahrelangen Drängen sozialdemokratischer Sicherheitspolitiker und den Forderungen aus der Friedensbewegung entgegengekommen, nicht zuletzt auch aus eigenem Interesse an wirtschaftlicher Entwicklung und sicherheitspolitischer Stabilität.

Ob in der Regierungskoalition wirklich umgedacht und umgesteuert wird, oder ob die FDP - wie in der Vergangenheit - „klein beigibt“, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die Opposition im Deutschen Bundestag und die Friedensbewegung den innenpolitischen Druck verstärken können. Die Friedensbewegung wird dies mit einer Großdemonstration in Bonn am 13. Juni 1987 versuchen.

(—/28.4.1987/ks/fr/rs)

* * *



Der 26. April oder Bruchlinien der modernen Zivilisation (Teil I)

Zum Umgang der Konservativen mit dem Holocaust, Guernica und Tschernobyl

Von Horst Peter MdB und Norbert Sprafke

26. April 1987: Jahrestag des GAUs in Tschernobyl, Symbol für das Ende der Überzeugung der Moderne, daß Technik stets dem Wohle der Menschen diene. 26. April 1937: Nur wenig erinnert in diesen Tagen die deutsche Öffentlichkeit an das Bombardement der baskischen Stadt Guernica, das für seine Zeit ein ähnliches Signal setzte: zum ersten Mal wurde erfahrbar, welches Grauen modernste Technik, eingesetzt als Kriegswaffe, erzeugen kann. Auf jeweils spezifische Weise markieren Guernica und Tschernobyl, wie auch Auschwitz und Hiroshima, Bruchlinien der modernen Zivilisation.

Guernica und Auschwitz, in der Sichtweise der Konservativen zwei innovative Akte deutscher Ingenieurkunst, das terroristische Massenbombardement einer hilflosen, unbefestigten Stadt und der dort wohnenden Zivilisten - Rotterdam und Coventry war dann schon die Regelausführung -, und der terroristische Massenmord in der Gaskammer. Es ist deshalb ein symbolischer Zufall, daß der 26. April auch der jüdische Gedenktag für die Opfer des Holocaust ist.

Die sehr deutsche Klammer dieser Gedenktage ist, daß sie jeweils Exempel für die aus Selbstmitleid, Selbstgerechtigkeit, Dreistigkeit und Interesse geborene Freistellung und Leugnung der Konservativen von Verantwortung und historischen Verknüpfungen ist.

Wie Tschernobyl liegt Guernica fern der deutschen Grenzen. Doch gibt es für die, die in Deutschland Verantwortung tragen, im Umgang mit beiden Themen eine Gemeinsamkeit: die Regierenden dieses Landes handeln in der Überzeugung, daß es sie nichts angeht, nicht betroffen zu sein - gegenüber Guernica schon seit 50 Jahren. Ganz in der Art der ersten Erklärungen der Bundesregierung nach dem Bekanntwerden des Tschernobyl-GAU: das sei weit weg, den Deutschen drohe keine Gefahr, es sei zudem ein sowjetisches Problem und in der Bundesrepublik könne so etwas nicht passieren. Das ist ein prägendes Element konservativer Regierungskunst: ein Thema, das man nicht beherrschen kann, am besten erst gar nicht zum Thema werden lassen, die beste Art, sich mit einem solchen Thema zu beschäftigen ist es, sich nicht damit zu beschäftigen.

Dem kommt das kurze Gedächtnis der vielen entgegen, die sich ebenfalls nicht betroffen fühlen.

In der an Berührungspunkten reichen Geschichte der deutsch-spanischen Beziehungen stellt Guernica wie auch die nazistische Intervention zugunsten Francos und gegen eine legal gewählte, bürgerliche Regierung den negativen Höhepunkt dar. Für den Sieg Francos war die nazistische Intervention mitentscheidend. Dabei mag den Historikern überlassen bleiben, zu klären, welche Bedeutung der spanische Krieg in seiner Zeit hatte, seine Bedeutung in den strategischen Kalkulationen der späteren Gegner im Zweiten Weltkrieg und als militärtaktisches Erprobungsfeld für diesen Krieg, seine Bedeutung als Versuch, das weitere Vordringen des europäischen Faschismus zu stoppen.

Für die Bundesrepublik hat der spanische Krieg über die zeitgebundenen Elemente, die Vergangenheit sind, eine fortwährende Bedeutung als Gradmesser für die politische Kultur und Moral und das historische Bewußtsein dieser Republik. Deutsche waren auf beiden Seiten, bei den Putschisten und für die Republik, in die militärischen Auseinandersetzungen verwickelt.

Die restlose Niederlage der Republik und die Übernahme der nazistischen Definition der Unterlegenen als „Kommunisten“ erlaubte es den heutigen deutschen Konservativen, sich ohne Beschränkung und ohne moralische Hemmungen zu äußern und zu handeln. Deshalb gaben diese Äußerungen und Handlungen unverstellt von moralischen Skrupeln den Blick frei auf Identifikationen, Traditions- und Geschichtsbild der deutschen Konservativen.

Den 20. Juli, obwohl umstritten, funktionalisierten die Konservativen als Beleg für den Widerstand der konservativen Eliten. Bei der Beurteilung des Zweiten Weltkrieges wirkt sich hemmend aus, daß der überwiegende Teil der damaligen Anti-Hitler-Koalition heute zu den NATO-Verbündeten zählt und sich die Bundesrepublik als Teil der Wertegemeinschaft des Westens sieht. Da kann man sein Gesicht, nur gegenüber der UdSSR und deren Anteil an den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges (Jalta) offen zeigen. Die Einzigartigkeit von Auschwitz, das moralische Urteil der zivilisierten Welt und deren Parteinahme für die Opfer, verbietet eine offene Revision des historischen Urteils; zudem stand mit den KZ-Wächtern genug handeindes Personal zur Verfügung, das der Justiz zur Aburteilung geopfert werden konnte.

Es dauerte 40 Jahre, bis in homöopathischen Dosen die konservativ-gutbürgerliche Variante der Auschwitz-Lüge, die Auschwitz-Legende formuliert werden konnte, die Auschwitz und seine Einzigartigkeit auf einen Akt der technischen Innovation, den Gaskammernord reduzierte wie Nolte, die Auschwitz verharmloste wie Kohl mit seinen Vergleichen Goebbels-Gorbatschow und DDR-KZ, oder in sein Gegenteil verkehrte wie Geißler, der die Pazifisten für Auschwitz verantwortlich machte.

Guernica und der spanische Krieg stehen somit exemplarisch für die die deutsche Nachkriegsgeschichte kennzeichnende Weigerung der Konservativen, sich prinzipiell mit dem Faschismus auseinanderzusetzen, parteiisch Stellung zu beziehen, die Vergangenheit zu bewältigen und illustrieren, daß es den Konservativen mit ihrer Art der Vergangenheitsvergewaltigung nur darauf ankommt, sich reinzuwaschen, Verantwortung zu leugnen. Illustriert wird das Dilemma, eine staatliche Ordnung aufzubauen, die sich als Negation des Faschismus verstehen mußte, mit eben den Funktionseleiten, die den Faschismus erst möglich machten. Vor allem anderen war deshalb für die Konservativen die Entlastung dieser Funktionseleiten die *conditio sine qua non* der Existenz dieser Republik.

Guernica und der spanische Krieg zählt deshalb zu dem Ensemble von Tabus, die im Urteil Mitscherlichs die Demokratisierung Deutschlands beeinträchtigt haben, sind doch „die spanischen Geschehnisse ein integraler Bestandteil deutscher Geschichte“, so der israelische Historiker Technizek. Das geht über das Einzelereignis Guernica hinaus, die Leugnung der deutschen Verantwortung für dies terroristische Bombardement, obwohl dies inzwischen zweifelsfrei erwiesen ist. W. L. Bernecker berichtete dieser Tage im „Vorwärts“, daß die Bundesregierung auf der Basis einer Argumentation, die die Gnade der späten Geburt beansprucht - die heute lebenden Deutschen seien 1937 noch nicht geboren gewesen und hielten sich deshalb nicht für Guernica verantwortlich - die direkte Wiedergutmachung für die Stadt Guernica ablehne.

Daß selbst kritischen Köpfen der Blick verstellt ist, wie weit die „spanischen Geschehnisse“ tabuisiert sind, beweist Mitscherlich selbst mit seinem Bedauern, daß es bei einem politisch erfahreneren Volk durchaus hätte geschehen können, daß ein Emigrantenkorps gegen die Armee einer Terrorherrschaft gekämpft hätte, die Deutschen jedoch Hitler „weder in Wirklichkeit noch bildlich“ geköpft hätten „wie es auch dieses deutsche Resistance-Armeekorps nicht gab“. In Spanien kämpften jedoch 5.000 emigrierte deutsche Antifaschisten mit der Waffe gegen den deutschen Faschismus und verstanden sich dabei als militärischer Arm des deutschen Antifaschismus. Sie „machten gut, was die Junkers (-Bomber) schlecht machten“, meinte Hemingway. Niemand dankte es ihnen. Die deutschen Freiwilligen auf republikanischer Seite fielen in die Grube der antikommunistischen Inquisition. Willy Brandt und Alfred Kantorowicz haben erlebt, daß man seit „der Mitte der 50er Jahre unangefochten, normaler, zugehöriger unter seinen Mitbürgern“ lebte, „wenn man der SS angehört hatte, als wenn man im KZ oder im Exil gewesen war“.

(-/28.4.1987/rs/ks)

(Teil II veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

